

DEUTSCHE BANK

Geschäftsbericht auf das Jahr 1918.

Das neunundvierzigste Geschäftsjahr der Deutschen Bank, über das wir berichten, brachte das für unser Vaterland überaus traurige Ende des Weltkrieges.

Es ist hier nicht am Platz, die Gründe für diesen unglücklichen Ausgang zu erörtern. Das deutsche Volk hat es jedenfalls nicht verdient, daß ihm Friedensbedingungen auferlegt werden, die die inneren Wurzeln seines nationalen und materiellen Daseins zerstören. Während politische Neugruppierungen und Neubildungen von Staaten vor sich gehen, dessen wirtschaftliche Möglichkeiten geschont werden sollen, unter Loslösung von Gebieten, die wichtige Bodenschätze unserer Industrie bergen und für die Volksernährung unentbehrlich sind, unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten genossen werden, Deutschland ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Blockade von allen Vorräten entblößt und das Kraft berahbt, die zum Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft und zur Ordnung seines Staatshaushaltes notwendig sind. Wir können nur mit unserer Arbeit zahlen. Um aber diese Arbeit zu beginnen und ertragsfähig zu machen, brauchen wir ausländischen Kredit, Rohstoffe und Lebensmittel. Die Forderungen unserer Gegner sind unerfüllbar. Möge es der Umsicht unserer Unterhändler gelingen, einen Frieden zu erreichen, dessen Grundlagen für uns erträglich sind.

Die Gegner behaupten, die deutschen Finanzleute hätten von dem bevorstehenden Kriegsanbruch gewußt. Wie unbegründet dieser Vorwurf ist, beweisen die in London veröffentlichten Berichte des von den britischen Behörden eingesetzten Comptrollers der Londoner Filiale deutscher Banken. Wir zitieren daraus wörtlich: „This it is shown that whilst England on the 27th July prepared to attract gold, Germany and Austria at the same time, and at least up to the 31st July 1914 made shipments of gold to London and Paris.“

Auch die Vorbereitung für die Ausgabe der Darlehenskassenscheine, die uns vorgeworfen wird, war eine Maßregel ganz allgemeiner Natur für den Kriegfall. Die englische Regierung hatte in ganz gleicher Weise die Ausgabe der kleinen Currency Notes von langer Hand sorgfältig vorbereitet, denn die Herstellung vieler Millionen kleiner Wertescheine innerhalb weniger Tage war eine Unmöglichkeit. Durch Verwendung besonderer Papiere und besseren Drucks war die Anfertigung der englischen Currency Notes sogar zeitraubender als die der deutschen Wertescheine.

An der Hoffnung, daß der Weltfrieden trotz der drohenden Haltung Rußlands erhalten bleiben möge, haben wir bis zum letzten Augenblick festgehalten und noch Ende Juli unmittelbar vor Verkündung der russischen Mobilmachung größere, an Kündigung geknüpfte Guthaben der Russischen Staatsbank auf deren Ansuchen ausbezahlt.

Die Zunahme der Umsätze unserer Bank von 188 Milliarden Mark im Vorjahre auf 243 Milliarden spiegelt die Geldentwertung einerseits und die Steigerung aller Löhne und Preise andererseits deutlich genug wider.

Der katastrophale Rückgang der meisten Börsenkurse hat uns wenig getroffen, da wir andere Wertpapiere als kurzfristige Scheckscheine, wie unsere Jahresberichte zu entnehmen war, nur in bescheidenem Maße besitzen. Um diesen unvermeidbaren Rückgang im allgemeinen Interesse in geordneten Bahnen zu halten, hat sich, als das Waffenstillstandsangebot erfolgte, eine Aufnahmengesellschaft der Bank und großer Bankfirmen des Platzes gebildet. Unser Anteil ist auf Effekten-Konto verbucht; er wird demnächst von der neugegründeten Bank für industrielle Börsenwerte übernommen werden.

Die Bilanzzahlen unserer ausländischen, durch die Kriegsergebnisse von uns abgetrennten Filialen haben wir nach deren letzten vorhandenen Anweisungen in unserem Abschluß unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven eingestellt.

Die Zahl der bei der Deutschen Bank geführten Kundenrechnungen ist von 530,767 im Vorjahre auf 573,367 gestiegen.

Die uns anvertrauten Gelder, Kreditoren und Depositareinlagen, haben sich neuerdings um 1071 Millionen vermehrt. Dementsprechend sind unsere flüssigen Anlagen, die naturgemäß sind bei weitem größten Teil aus Reichsschatzweisungen bestehen, von 5038 Millionen auf 6290 Millionen gestiegen; unsere Liquidität beträgt 31,68 % gegen 86,98 %.

Unsere eigenen Verpflichtungen zeigen einen großen Rückgang, da wir für eigene Rechnung keine Kredite in Anspruch genommen haben. Dagegen erscheint, nachdem das Ende des Krieges den Ausweis gestattet, auf beiden Seiten unserer Bilanz gesondert und erkennbar ein Betrag von M 432 330 233,60, Verpflichtungen, die wir für Rechnung des Deutschen Reichs und der Reichsbank im Ausland eingegangen sind. Namentlich durch die Steigerung der Wechselkurse hat sich dieser Betrag während des Berichtsjahres stark vermehrt.

Ein Gleiches ist der Fall bei dem an Stelle des Akzeptenkonto von unserer Kundschaft stark in Anspruch genommenen Aval-Konto, das ebenfalls infolge der Steigerung der Wechselkurse sich erheblich vergrößert hat.

Unsere Zweiganstalten haben sich, unter teilweise sehr schwierigen Verhältnissen, ohne Ausnahme bewährt.

Mehr als jemals haben wir für nötig erachtet, alle Ausgaben für Neueinrichtungen, Ausrüstung und bauliche Anpassung unserer Bankgebäude vollständig abzuschreiben.

Die Zahl der Beamten der Deutschen Bank einschließlich der Vorstandmitglieder betrug am Jahresende 13 529 gegen 13 322 Ende 1917. Wiederum geben wir als Anlage zu diesem Bericht ein Verzeichnis der Tapferen aus unserem Kreise, die ihr Leben für das Vaterland lassen mußten.

Der Bau des im vorigen Bericht unseres Aufsichtsrats erwähnten Arthur von Gwinner Erholungsheims für die Beamten konnte bei der jetzigen Lage des Baumarktes noch nicht in Angriff genommen werden. Um so willkommener empfanden wir eine sich bietende Gelegenheit, ein fertiges Kurhaus „Johannenberg“ bei Detmold im Teutoburgerwald als Erholungsheim für unsere Beamten zu erwerben. Die Inbetriebnahme verzögert sich leider durch die Unmöglichkeit, die nötigen Lebensmittel zu beschaffen.

Als außerordentliche Wirtschaftshilfen haben wir unserer Beamtenschaft M 9 000 000 bewilligt, von welchen M 6 000 000 dem Vortrag aus 1917 entnommen sind und M 3 000 000 dem diesjährigen Reingewinn entnommen werden sollen. Hierzu arbeiten wir die Genehmigung der Generalversammlung. Die Aufteilung der M 6 000 000 ist zu Beginn 1919 erfolgt, während die M 3 000 000 nach ihrer Bewilligung verteilt werden sollen.

Wir verkennen nicht, daß die andauernde Steigerung der Ansprüche der Beamtenschaft in gewissem Umfange durch die allgemeine Teuerung der Lebensverhältnisse begründet ist, müssen aber unter Bedauern feststellen, daß die Forderungen übertrieben sind und daß auf ihre dauernde Einwirkung auf das Geschäftsergebnis keine Rücksicht genommen wird. Wir haben uns stets zur Pflicht gemacht, ohne Druck und Anreizung von seiten der Beamtenschaft aus eigener freier Entscheidung die Einkommensbesitzende Lebensverhältnisse anzupassen, und demgemäß insbesondere auch während der Kriegszeit nicht nur Gehaltssteigerungen einzutreten lassen, sondern auch durch Schaffung der Teuerungszulage zu den Gehältern bis M 12 000 eine laufende prozentuale, außerdem mehrfach besondere Beihilfen, so im Jahre 1918 M 2 500 000 und letztthin die oben erwähnten M 9 000 000, zu gewähren. Außerdem ist den Beamten mit Gehältern bis zu M 8000 mit Wirkung vom 1. Januar 1919 als allgemeine außerordentliche Gehaltssteigerung, für die unteren Sätze in Höhe von 25 % bewilligt, die sich für die größeren Gehälter bis zu 5 % abstaffelt. Unter Berücksichtigung der oben erwähnten 9 Millionen hat die Deutsche Bank für ihre Beamten, über die festen Gehälter und Weihnachtszuwendungen hinaus, eine Summe von nicht weniger als M 34 471 983 getragen. Es hezilffern sich die gesamten persönlichen Aufwendungen für die Beamtenschaft auf 60,7 Millionen gegen 41,9 Millionen im Vorjahre. Für 1919 kommt noch die außerordentliche Gehaltszulage hinzu, die erst nach Abschluß des Geschäftsjahres in Kraft getreten ist.

All dieses hat die Deutsche Bank nicht vor einem Streik ihrer Beamtenschaft bewahren können. Zwar können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Beamten der Deutschen Bank bei der Abstimmung in ihrer Mehrheit sich gegen den Streik ausgesprochen haben; trotzdem mußten wir angesichts der vor den Streikenden getroffenen Maßnahmen aus Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der Arbeitswilligen diesen Fernbleiben von ihrer Arbeit anbelingen. Der Streik fand für die sieben mit Streik überzogenen Großbanken Berlins seinen Abschluss durch einen Schiedspruch, der sich im wesentlichen auf die Schaffung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten bei Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschränkte, im übrigen aber die Erledigung der materiellen Ansprüche Tarifverhandlungen vorbehielt. Von diesen haben die Banken trotz der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft eine weitere Belastung zu erwarten.

Unsere gesamten Handlungskosten erreichten, ohne die Steuern und Abgaben, den ungeheuren Betrag von M 69 068 648,77, gegenüber einer Vergleichszahl im letzten Friedensjahr 1913 von M 37 227 217,74 und gegenüber einem Bruttogewinn von M 68 307 136,53 vor dem Kriege. Auf das seit Ende 1913 hinzugezogene westliche und östliche Filialnetz entfallen von der Gesamtsumme rund 21 %, während andererseits die sehr bedeutenden Unkosten der Londoner Filiale in der diesjährigen Gesamtzahl nicht enthalten sind. Wohl ist das unheimliche Anwachsen der Handlungskosten veranlaßt durch die Entwertung der Währung und die allgemeine Teuerung, im wesentlichen aber auch durch die Ansprüche des Personals bei verringerter Arbeitsleistung und kürzerer Arbeitszeit.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschließlich der Rücklage für verdoppelte Zinsbogensteuer und der Geldmessensteuer (erstmalig vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918) M. 14 203 502,69 zu erliegen, gegen M 7 133 648,97 im Vorjahre.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen enthält die für 1917 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

der Deutschen Vereinsbank (5 1/2 %)	(für 1918	6 %)
der Essener Credit-Anstalt (9 %)		9 %)
der Hannoverschen Bank (3 %)		3 %)
der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (15 %)		15 %)
der Niederländischen Bank A.-G. (8 %)		8 %)
der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank (12 1/2 %)		12 1/2 %)
der Pfälzischen Bank (7 %)		7 %)
der Privatbank zu Gotha (7 %)		7 %)
der Rheinischen Creditbank (7 %)		7 %)
der Württembergischen Vereinsbank (7 %)		7 %)
und der Deutschen Treuhänder-Gesellschaft (13 %)		13 %)

Alle diese Institute haben sich auch im fünften Kriegsjahr bewährt. Die Deutsche Ueberseeische Bank konnte die Abschlußpapiere ihrer überseeischen Niederlassungen bis jetzt nicht überliefern und war dadurch verhindert, eine Bilanz aufzustellen. In der gleichen Lage befand sich die Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft.

Die Anapolischen Eisenbahnen und die Bagdadbahn befinden sich in Feindschaft; ebenso die Steaus Romana A.-G. für Petroleum-Industrie in Bukarest. Die Deutsche Petroleum A.-G. verteilte wiederum 8 % Dividenda. Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin konnte ihre Dividende auf 5 % erhöhen; eine Tarifserhöhung brachte dem Unternehmen die Rettung vor völliger Ertragslosigkeit, nachdem die Steigerung der Löhne und Materialkosten alle Einnahmen aus dem kaum zu bewältigenden Verkehr aufzehrte.

Die Bayerische Stickstoff-Werke A.-G. hatte unter niedrigem Wasserstand und Mangel an Zufuhr von Rohstoffen zu leiden, konnte aber 11 % Dividende verteilen. Bei Ausbruch des Krieges verfügte Deutschland über Salpeter und andere Stickstoffvorräte nur für wenige Wochen. Auch darin liegt einer der zahlreichen Beweise, daß Deutschland dem Krieg weder vorbereitet noch gewollt hat. Erst durch die Not sind die gewaltigen Anlagen zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft entstanden, deren Erzeugnis die Kriegführung möglich gemacht hat. Es war nicht die Schuld der Bayerischen Stickstoff-Werke, daß die von ihnen im ersten Kriegsjahr erbaute große Reichswerke zur Gewinnung von Kalckstickstoff nicht genügend mit Kohle, Kalk und elektrischer Energie versorgt wurden; wäre dies geschehen, so war die Not an Nahrungsmitteln jedenfalls infolge zu vermeiden.

Von Gemeinschaftsgeschäften erwähnen wir:

Gründung der Universum-Film A.-G., Kapitalerhöhungen der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Bleichfabrikation, der Anhaltischen Kohlenwerke, der Elektrizitäts A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co., Einführung von Aktien der „Vaterländischen“ und „Rhenania“ Vereinigten Versicherungs-Gesellschaften, der Königsberger Walzmühle A.-G., der Wicking'schen Portland-Cement- und Wasserkalk-Werke, der Bergisch-Märkischen Industrie-Gesellschaft, der Bedburger Wollindustrie A.-G., der Eisenhüttenwerk Thale A.-G., der Deutschen Babcock & Wilcox-Dampfessel-Werke A.-G. und der Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhren. Von abgewickelten Geschäften erwähnen wir: Obligationen der Georg-Maria-Bergwerks- und Hütten-Verein A.-G., Aktien der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., der Badischen Anilin- & Soda-fabrik der A.-G. für Anilinfabrikation, der R. Stock & Co., Spinnbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik Schieß A.-G., der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., der Niederrheinischer Kohlenwerke, der Brannkoben- und Briket-Industrie A.-G., der Ascherleberer Maschinenfabrik A.-G., der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken, der Koethelmer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. und Kuxe der Gewerkschaft „Glückauf“ Sonderhausen; ferner von Aktien der Farbwerke vormals Meister Lucius & Brüning, der Chemischen Fabrik Rhenania, der Rütgerwerke A.-G., der Hansa Lloyd Werke A.-G., der Deutschen Continental Gas-Gesellschaft, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, der Rombacher Hüttenwerke, der Linke-Hofmann-Werke A.-G., der Vereinigten Fabrikanten A.-G. in Cassel und der Gölitzer A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmateriale.

Unsere Konsortial-Rechnung enthält am Jahreschluß

Beteiligungen an festverzinslichen Werten	1 994 719,99
an Aktien von Banken, sowie Eisenbahnen und anderen Transport-Unternehmungen	4 629 626,70
an Grundstücks-Geschäften	3 966 054,90
an Industrien und verschiedenen anderen Unternehmungen	13 480 317,71
an Kriegskreditbanken und Kriegsgesellschaften	574 928,79
im Bewerthe von	M 23 845 648,09

Den über 4 % Geldzinsen (welche in die Zinsenrechnung geflossen sind) erzielten Gewinn auf Gemeinschafts-Unternehmen haben wir, wie in den Vorjahren, zu Abschreibungen verwendet.

Der Bestand eigener Wertpapiere gliedert sich wie folgt:

Staats- und Kommunal-Papiere sowie deutsche Pfandbriefe	M 18 836 520,96
Eisenbahn- und Industrie-Obligationen	10 197 837,84
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien	14 787 464,30
Verschiedene kleine Bestände	1 769 118,30
zusammen	M 45 590 941,40

Wir haben alle Vermögensgegenstände der Bank sorgfältig geprüft und unter Berücksichtigung der Gefahren bewertet, die der Ausbruch des Krieges geschaffen oder verschärft hat. Unsere gesamten Bestände an Wertpapieren und Unternehmungen und Beteiligungen in der Türkei stehen mit weniger als 5 Millionen Mark zu Buch.

Am 31. März d. Js. ist Herr Arthur v. Gwinner aus dem Vorstände der Deutschen Bank ausgeschieden, nachdem er am Beginn dieses Jahres den Tag seines fünfundsingzigjährigen Wirkens in der Leitung unserer Bank begangen hatte. Als hervorragender Kenner der internationalen Finanzverhältnisse und der wirtschaftlichen Grundlagen der Länder, nach denen sich unsere geschäftlichen Beziehungen erstrecken, und als ein Mann von eindringendem Urteil, das sich auf reiche Erfahrungen und Kenntnisse sowohl auf seinem eigenen beruflichen als auch auf anderen Gebieten stützt, ist er der Schöpfer vieler Unternehmungen gewesen, deren Ausbau und Entwicklung zu den Erfolgen unserer Bank in hohem Grade beigetragen haben. Wir bedauern sehr, daß uns künftig in unserem Vorstande seine Kraft und Mitwirkung fehlen. Seine Wahl in den Aufsichtsrat unserer Bank, die wir zum nächstzulassigen Termin vorschlagen werden, gibt die Möglichkeit, uns seinen Rat auch weiter zu erhalten. Mit dem Dank, den die Bank dem Wirken des Herrn v. Gwinner schuldet, verbinden wir den Ausdruck der Freude darüber, daß er in der Verwaltung einer Reihe von Unternehmungen die Interessen unserer Bank nach wie vor vertreten wird, und den Wunsch, daß die in fünfundsingzigjähriger Mitarbeit geknüpften persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihm und uns noch recht lange andauern mögen.

In den Aufsichtsrat wurden in der letzten ordentlichen Generalversammlung neu gewählt: Herr Aron Hirsch, Direktor der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin; Herr Dr. Franz Oppenheimer, Mitinhaber der Firma Emanuel Friedländer & Co. in Berlin.

Durch den Tod verlor wir zu unserem schmerzlichen Bedauern die Herren: Senator Otto E. Westphal, Hamburg, Mitglied unseres Aufsichtsrats seit 1909 und Mitarbeiter unserer Hamburger Filiale in deren Lokalausschuß; Senator Emil Posselt, Lübeck, der unserem Aufsichtsrat seit 1911 angehört hatte.

Unsere Ortsanschlüsse verloren durch den Tod die nachstehenden Mitglieder: der Ausschuß für unsere rheinisch-westfälischen Filialen Herr Paul the Lorenz, der Ortsausschuß in Stettin Herr Kommerzienrat Otto Totzläff, der Ortsausschuß in Kattowitz Herr Wilhelm Heuer und der Beirat unserer Filiale in Posen Herr Josef Kanterowicz.

Allen diesen aus dem Leben geschiedenen Freunden und Mitarbeitern bleibt in unserem Kreise ein dankbares und ehrendes Andenken gesichert.

Nun gewählt wurden in den Ausschuß für die rheinisch-westfälischen Filialen die Herren Fabrikbesitzer, Luitwin von Boch in Mettlach a. d. Saar, Oberbürgermeister Albert von Bruchhausen in Trier, Oberforstmeister Franz Ewers, Präsident der Herzoglich Arenbergischen Hof- und Rentkammer in Düren, Fabrikbesitzer, Stadtverordneter und Mitglied des Finanzausschusses Karl Niemann in Bielefeld.

In den Ortsausschuß in Stettin wurde nun gewählt Herr Carl Wenzel, Mitinhaber der Firma Totzläff & Wenzel in Stettin.

Herr Maximilian von Rapp, langjährigem Direktor unserer Londoner Filiale, wurde im Berichtsjahr die Ausreise aus England gestattet. Er hat in seinem Heimatlande den ebenso wichtigen wie schwierigen Posten des Generalkonzeßers der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Wien übernommen und bleibt nach so vielen Jahren gemeinsamen Arbeitens mit uns in Freundschaft verbunden.

Herr Dr. jur. Alfred Wolff, dessen Ernennung zum Direktor der Brüsseler Filiale wir in unserem vorjährigen Bericht anzeigten, hat vorgezogen, in Deutschland zu bleiben; er vertritt uns im Aufsichtsrat verschiedener Gesellschaften.

Neu ernannt, und zwar durchweg durch Beförderung, wurden die folgenden Mitarbeiter: in Berlin: Herr Otto Sperber zum stellvertretenden Direktor, die Herren Julius Borchardt, August Eikmann, Alfred Fuhrmeister, Hans Igen, Johannes Koenig, Carl Neumann, Emil Scheid, Gustav Schmidt, Georg Schmidt, Fritz Wintermantel zu Abteilungsdirigenten; in Augsburg: Herr Theodor Heymann (München) zum Direktor der Filiale, Herr Arnold Maser zum stellvertretenden Direktor;

in Aschen: Herr Rechtsanwakt Max Warlimont zum Direktor; in Bremen: Herr Wilhelm Meyer zum stellvertretenden Direktor; in Brüssel: Herr Max Uhlenhaut zum Direktor, Herr Felix Aebert zum stellvertretenden Direktor — die Genannten sind, ebenso wie andere durch die Kriegsverhältnisse vertriebene Herren aus Konstantinopel, Sofia und Bukarest, gegenwärtig unsere Mitarbeiter in Berlin —;

in München: Herr Max Röttiger und Herr Dr. Adolf von Grafenstein zu stellvertretenden Direktoren; in Paderborn: Herr Dr. Friedrich Buchbinder zum stellvertretenden Direktor; in Remscheid: Herr Hans Schilling zum Direktor; in Solingen: Herr Albert Lüdecke, vormem Prokurist in Elberfeld, zum Direktor der Zweigstelle Solingen.

Angeschieden sind: in Berlin: Herr Abteilungsdirektor Otto Reichhard durch Eintritt in den verdienten Ruhestand nach 35jähriger Tätigkeit im Dienst der Deutschen Bank; in Bredberg verlor unsere Filiale ihren Direktor, Herrn Franz Brandstädter, der auf dem Felde der Ehre gefallen ist;

in Elberfeld verstarb der Syndikus unserer Filiale Herr Richard Rohland; in Köln ist der stellvertretende Direktor Herr Max Zimmermann nach 32jähriger Arbeit in dem Ruhestand getreten;

in Trier hat sich mit Ende des Berichtsjahres Herr Justizrat Dr. Lorenz Hey, früher Mitinhaber der von uns übernommenen, altangesessenen Firma Reversch & Co., aus dem aktiven Geschäftsleben zurückgezogen; seine Zuwahl in den Ausschuß der rheinisch-westfälischen Filialen wird beantragt.

Zu dem Reingewinn des Jahres von M 48 133 864,19 tritt der Vortrag aus 1917 mit M 6 423 960,74 zusammen M 54 557 824,93

Wir beantragen: 1. die aus dem Vortrag zu Gunsten der Beamtenschaft vorgenommene Entnahme von M 6 000 000,— zu genehmigen,

2. für Abschluß-Zuwendungen an die Angestellten zu bewilligen M 4 500 000,—

3. eine Dividende von 12 % auf M 273 000 000 Grundkapital an die Aktionäre zu verteilen M 33 000 000,—

4. dem Aufsichtsrat den satzungsgemäßen Gewinnanteil (7 vom Hundert) nach 6 1/2 % Dividende und allen Rücklagen und Zuwendungen zu überlassen M 1 198 448,26

5. statt einer Zuwendung an die freie Rücklage vielmehr als weitere besondere Beihilfe für die Beamten zu gewähren M 5 000 000,—

6. und den Rest von M 1 937 688,— auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Rücklagen beträgt somit unverändert M 595 000 000.

Berlin, im Mai 1919. 84639

Der Vorstand der Deutschen Bank

E. Heinemann P. M. Herrmann F. Hankewitz C. Michalewsky
O. Schlitter G. Schröter E. G. v. Sinaus O. Wassermann.